

Stellungnahme zu den Wahlprüfsteinen der Architektinnen und Architekten (Landtagswahl 2026)

Von: Die Linke Rheinland-Pfalz

Datum: 05.03.26

Planung, Bauen und Stadtentwicklung sind zentrale Hebel für soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz und gleichwertige Lebensverhältnisse.

Die Linke RLP versteht Bau- und Planungspolitik deshalb als zentrale Zukunftsaufgabe. Unsere Leitlinien sind: sozial gerecht, klimaneutral, gemeinwohlorientiert und demokratisch kontrolliert. Wir setzen auf eine starke öffentliche Hand, eine aktive Bodenpolitik, sozialen Wohnungsbau und eine Bauwende, die ökologische Verantwortung mit sozialer Sicherheit verbindet.

Wir verstehen Bau- und Planungspolitik als Teil öffentlicher Daseinsvorsorge – nicht als Renditefeld für wenige. Slogans wie „Bauen, bauen, bauen“ sind unterkomplex und bringen uns nicht weiter. Es geht vielmehr darum wie, für wen und zu welchen Zwecken wir bauen wollen.

1. Planung ist wertvoll

Wir teilen ausdrücklich die Auffassung: Ohne gute Planung kein gutes Bauen. Qualität, Nachhaltigkeit und Gemeinwohlorientierung müssen Vorrang vor kurzfristigem Kostendruck haben.

- Öffentliche Vergaben müssen sich vorrangig an Qualität, Nachhaltigkeit und sozialen Kriterien orientieren – nicht am niedrigsten Preis.
- Die losweise Vergabe zur Stärkung kleiner und mittlerer Büros unterstützen wir ausdrücklich.
- Kommunen brauchen eine deutlich bessere finanzielle Ausstattung. Hierauf haben wir zu allen Gelegenheiten hingewiesen.
- Öffentliche Bauherren müssen Vorreiter für klimagerechtes, ressourcenschonendes und barrierefreies Bauen sein.
- Transparente Vergabeverfahren und klare Verantwortlichkeiten.

2. Bestand schätzen – Ressourcen schonen

Der Gebäudesektor ist zentral für das Ziel der Klimaneutralität. Wir unterstützen ausdrücklich den Vorrang von Sanierung vor Neubau. Abriss muss ultima ratio sein.

- Landesweites Programm „Sanieren statt Spekulieren“.
- Systematische Erfassung von Leerständen und Aktivierung ungenutzter Immobilien. Wie von uns bzw. in Mainz eingebracht und teilweise umgesetzt.
- Innenentwicklung statt Flächenversiegelung, aber keine Nachverdichtung auf Teufel komm raus.
- Förderung von Recycling-Baustoffen und kreislauffähigem Bauen.
- Energetische Sanierung sozial ausgewogen gestalten – keine Umlage der Kosten auf Mieter*innen.
- Keine Höhenangst! Auch hundert Meter können gut aussehen und schonen knappe Flächen.

3. Planen – Genehmigen – Bauen

Beschleunigung von Verfahren darf nicht bedeuten, Umwelt- oder Beteiligungsrechte auszuhöhlen. Der Bauturbo ist unter den gegebenen Bedingungen kein Beitrag zur Lösung des Problems.

- Mehr Personal und bessere Bezahlung in Bau- und Planungsbehörden.
- Digitalisierung von Verfahren zur Entlastung der Verwaltung.
- Abbau unnötiger Doppelprüfungen.
- Fachlich kompetente Nutzung von Ermessensspielräumen. Fachliche Expertise muss vor Parteibuch gehen.
- Frühzeitige und verbindliche Bürger*innenbeteiligung – aber keine unendlichen Geschichten. Infrastruktur-Großprojekte müssen möglich sein.
- Bauturbo bändigen: Gemeinnützigkeit geht vor hektischem Aktivismus.

4. Wohnen bezahlbar machen

Wohnen ist ein Grundrecht, keine Ware. Die Städte brauchen eine besondere Fokussierung, Stadt und Land bringen unterschiedliche Voraussetzungen mit und brauchen unterschiedliche Lösungen.

- Möglichkeiten der Landesgesetzgebung und -steuerung nutzen! Kein Wegducken im Land der Rüben und Reben. Die Herausforderungen sind groß und wir müssen sie annehmen.
- Massive Ausweitung des sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbaus.
- Ausweitung der neuen Wohnungsgemeinnützigkeit: Keine Subventionen für privatnützigen Wohnungsbau.
- Mietendeckel – inklusive effektiver Kontrollen. Die Mietpreisbremse ist nicht mehr als ein Notnagel.
- Förderung von Genossenschaften und kommunalen Wohnungsbaugesellschaften – sofern sie gemeinnützig arbeiten (insbesondere auf Mieterhöhungen verzichten und Gewinne reinvestieren).
- Aktive Bodenpolitik: Kommunale Bodenfonds und Erbbaurecht statt Verkauf öffentlicher Flächen.
- Instrumente gegen Spekulation und Zweckentfremdung.
- Sozialbindung verstetigen: Einmal subventioniert, für immer gebunden.
- Die Mischung macht's: Auch subventionierter Wohnungsbau muss attraktiv sein, um sozial heterogene Viertel zu schaffen / zu erhalten.

5. Strukturen zukunftsfähig gestalten

- „Gewachsene Strukturen“ überdenken – neuen Wein in neue Schläuche.
- Stärkere Bündelung bau- und landesentwicklungspolitischer Kompetenzen prüfen.
- Ausbau digitaler Infrastruktur – besonders im ländlichen Raum.
- Attraktive Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst. Gute Arbeit braucht gute Gehälter.
- Klima-, Wohnungs-, Verkehrs- und Landesentwicklungspolitik müssen besser verzahnt werden. Pfründewirtschaft und persönliche Eitelkeiten müssen gegenüber den Sachzwängen knapper Ressourcen und beschleunigter Erderwärmung zurückstecken.